

Migrations-Zahlen mit Sprengstoff

Link: <https://www.suedkurier.de/digitale-zeitung/lesen/epa12468,85432,0,4>

- Zahl der Ankommenden an den Grenzen steigt
- Politik sieht den südlichen Nachbarn in der Pflicht

VON MIRJAM MOLL
UND DOMINIK DOSE

Konstanz – Im Normalfall, da tröpfelt die illegale Migration zwischen der Schweiz und Deutschland eher. 167 Personen kamen etwa im April dieses Jahres über die Grenze – also gerade einmal fünf am Tag. Danach schwillt der Strom massiv an. Das zeigen Zahlen der Bundespolizei, die dem SÜDKURIER exklusiv vorliegen: 345 Menschen kamen im Juli, 481 im August, 864 im September. Ein Vervielfachung im Vergleich zum Frühjahr. Und dann kam der Oktober: 1739 Menschen waren es dort, nochmal doppelt so viele wie im Vormonat. Statt fünf reisen also derzeit mehr als 50 Personen am Tag illegal über die Schweiz ein. Menschen, die in Baden-Württemberg erfasst, versorgt und untergebracht werden müssen. Die Bundespolizei-Zahlen sind Sprengstoff. Denn sie liefern neue Vorwürfe, wonach die Schweiz die an ihren eigenen Grenzen ankommenden Migranten einfach nach Deutschland durchwinkt.

Laut Medienberichten sollen die Schweizer die in Buchs nach der österreichischen Grenze ankommenden Migranten direkt in eigens reservierte Waggons der Schweizer Bundesbahnen (SBB) leiten und nach Basel an die deutsche Grenze fahren. Den Vorwürfen zufolge findet dabei keine Erfassung der Flüchtlinge statt, was nach Meinung vieler Experten einen Bruch internationaler Vereinbarungen, der Dublin-Regeln, darstellt. Nach diesen Regeln müssen Flüchtlinge, die keinen Asylantrag stellen, zurückgewiesen werden. Schweizer Behörden demütieren dieses Vorgehen. Mehr Züge und Anleitung durch SBB-Mitarbeiter gebe es nur, weil der Flüchtlingsstrom zugenommen habe. Man gehe „aktiv gegen illegale Migration vor“.

„Schweiz muss handeln“

Das glauben der Schweiz jedoch längst nicht alle deutschen Politiker. Ann-Veruschka Jurisch, FDP-Bundestagsabgeordnete aus Konstanz und im zuständigen Ausschuss für Inneres, sagt dem SÜDKURIER: „Die Zahlen erhärten, was als Kritik gegen die Schweiz im Raum steht. Menschen die sich illegal in der Schweiz aufhalten und kein Asyl beantragen, sind von den Schweizer Behörden festzusetzen und zurückzuführen.“ Sie fordert deshalb: „Die Schweiz muss hier dringend handeln und sich als verlässlicher Partner innerhalb Europas erweisen.“

Auch Thorsten Frei, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, spricht Klarheit. Die Schweiz winke die Migranten einfach durch: „Auf längere Sicht droht Deutschland dadurch überfordert zu werden“, erklärt er. Als letztes Mittel müsse deswegen über Grenzkontrollen nachgedacht werden – und schon jetzt die Schleierfahndung hinter der Grenze verstärkt werden. „Deutschlands Grenzen dürfen nicht länger löchrig sein wie ein Schweizer Käse“, sagt Frei. Er



Die Insassen eines Autos aus Zürich werden bei einer Einreisekontrolle der Bundespolizei an der Konstanzer Grenze kontrolliert. Die Bundespolizeiinspektion Stuttgart will die Maßnahmen an der Grenze verstärken. BILDER: MIRJAM MOLL (1), DPA (4)



Ann-Veruschka Jurisch, FDP-Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Innenausschuss, sieht die Schweiz in der Pflicht, zu handeln.



Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, weist darauf hin, dass die Bundespolizei vermehrt hinter der Grenze kontrolliert.



Thorsten Frei, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, denkt über Grenzkontrollen zur Schweiz nach.

Einreisen in die Schweiz

Auch die Schweiz selbst verzeichnet deutlich mehr illegale Einreisen. Wie das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit erklärt, wurden im Corona-Jahr 2020 noch rund 11 000 illegal Einreisende festgestellt. 2021 waren es knapp 19 000 – dieses Jahr bis inklusive Oktober schon mehr als 30 000. Die Zahl der Einreisen pro Monat hat sich im Vergleich zum Frühjahr bis heute allerdings nur rund verdreifacht – die Verachtfachung der illegalen Einreise von der Schweiz nach Deutschland im gleichen Zeitraum ist damit also nicht komplett zu erklären. (dod)

schreibt die nun zu beobachtende Dynamik „in großen Teilen der verfehlten Zuwanderungspolitik von SPD, Grünen und FDP“ zu.

Was tut also das deutsche Innenministerium gegen die steigende Anzahl an Einreisen? Denn die Bundespolizei sagt dem SÜDKURIER ganz klar, dass sie „insbesondere seit Sommer 2022 eine hohe Anzahl unerlaubter Einreisen von visumpflichtigen Drittstaatsangehörigen, vor allem von syrischen Staatsangehörigen“ verzeichne. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, hatte dem SÜDKURIER schon Ende Oktober auf Anfrage gesagt,



Migranten bitten um Hilfe an Deck des Rettungsschiffs „Geo Barents“ in Italien.